

Niederschrift

über die 36. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 14.11.2019, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Bebauungsplan Nr. 35, 2. Änderung der Stadt Geilenkirchen - "Alte Post", Geltungsbereich: Zentrale Innenstadt von Geilenkirchen zwischen Theodor-Heuss-Ring im Westen, Konrad-Adenauer-Straße im Norden und Bahnhofstraße im Südosten (ehemalige Hauptpost)
 - Beratung und Abwägung über die während der Offenlage und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
 - Verabschiedung des Bebauungsplans als SatzungVorlage: 1697/2019
2. Antrag der Fraktion Die Linke zur Einrichtung von Anwohnerparkplätzen auf dem oberen Deck des Parkhauses am Rathaus
Vorlage: 1668/2019
3. Beratung und Beschlussfassung über die Erarbeitung eines innerstädtischen Parkraumkonzeptes
Vorlage: 1699/2019
4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Erfahrungen mit dem neuen Parkraumkonzept
Vorlage: 1701/2019
5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über Stand des Radverkehrswegekonzepkt für die Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1700/2019
6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung Am Mausberg/Theodor-Heuss-Ring sowie Einführung Tempo 30 auf der Herzog-Wilhelm-Straße und Errichtung einer Querungshilfe
Vorlage: 1704/2019
7. Information zur weiteren Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts in der Fliegerhorstsiedlung
Vorlage: 1693/2019
8. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 112 der Stadt Geilenkirchen (Lindern - „Juliane-Hilgers-Straße“) hinsichtlich der Überschreitung der im B-Plan festgesetzten Traufhöhe in Rücksprüngen
Vorlage: 1698/2019
9. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Karl-Peter Conrads

Stellvertretender Vorsitzender

2. Herr Manfred Schumacher

Mitglieder

3. Herr Marko Banzet
4. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
5. Frau Theresia Hensen
6. Herr Rainer Jansen
7. Herr Uwe Neudeck
8. Frau Barbara Slupik
9. Herr Wilhelm Josef Wolff

Stellvertretendes Mitglied

10. Frau Gabriele Kals-Deußen Vertretung für Herrn Dr. Wilfried Plum
11. Herr Raimund Tartler Vertretung für Frau Jennifer Diederichs
12. Herr Max Weiler Vertretung für Herrn Jörg Stamm

Sachkundiger Bürger

13. Herr Uwe Eggert anwesend bis einschl. TOP 9
14. Herr Dirk Kochs
15. Herr Hubert Laumen
16. Herr Gero Ronneberger
17. Herr Ingo Schäfer
18. Herr Dieter Sontopski Vertretung für Herrn Thomas Klein
19. Herr Anton Stumpf

von der Verwaltung

20. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
21. Herr Alexander Jansen
22. Herr Heiner Dyong
23. Herr Michael Jansen
24. Herr Stephan Scholz
25. Herr Jochen Tichelbäcker

Protokollführer

26. Herr Georg Heinen

Gäste

27. Herr Robert Moersheim Planungsgruppe MWM, Aachen

Es fehlten:

28. Frau Jennifer Diederichs
29. Herr Thomas Klein
30. Herr Dr. Wilfried Plum
31. Herr Jörg Stamm

Der Ausschussvorsitzende, Herr Karl-Peter Conrads, eröffnete um 18.00 Uhr die Sitzung. Er begrüßte die erschienenen Ausschussmitglieder sowie die Besucherinnen und Besucher, die anwesenden Vertreter der Presse, des Ingenieurbüros und der Verwaltung. Anschließend stellte er die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest und informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass Einwände gegen die Niederschrift über die 35. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung nicht erhoben worden seien.

Vor dem Einstieg in die Beratungen stellte der Vorsitzende die Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung um den TOP 10.2, Gewerbeflächenveräußerung im Gewerbegebiet Niederheid-Süd, Änderung der Flächengrößen bei einem bereits beschlossenen Gewerbeflächenverkauf zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Erweiterung der Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Der Erweiterung der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

- TOP 1 Bebauungsplan Nr. 35, 2. Änderung der Stadt Geilenkirchen - "Alte Post", Geltungsbereich: Zentrale Innenstadt von Geilenkirchen zwischen Theodor-Heuss-Ring im Westen, Konrad-Adenauer-Straße im Norden und Bahnhofstraße im Südosten (ehemalige Hauptpost)**
- Beratung und Abwägung über die während der Offenlage und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
 - Verabschiedung des Bebauungsplans als Satzung
- Vorlage: 1697/2019**

Herr Ronneberger bemängelte, dass im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes der Fluglärm nicht im Lärmschutzgutachten berücksichtigt worden sei. Auch wenn der Planbereich nicht innerhalb einer ausgewiesenen Lärmschutzzone läge, wäre eine Belastung durch Fluglärmbelastung auch hier gegeben. Er zog hier den Vergleich zum Baugebiet „Alte Molkerei“ und sah Parallelen, die auch vorliegend die Betrachtung des Fluglärms im Lärmschutzgutachten und entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan rechtfertigen würden.

Herr Moersheim stellte zunächst fest, dass im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes bereits mehrfach über die Fluglärmproblematik diskutiert worden sei. Fakt sei, dass der betreffende Bebauungsplanbereich im Gegensatz zum Bebauungsplangebiet „Alte Molkerei“ außerhalb der Lärmschutzzone liegen würde und der Fluglärm im Schallschutzgutachten nicht zu betrachten gewesen sei. Hinsichtlich des Lärmschutzes sei in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes jedoch bestimmt, dass die Fenster der Räume, die der Schlafnutzung dienen, mit integrierten schallgedämpften Lüftungen oder mit einem fensterunabhängigen Lüftungssystem auszustatten seien. Ursache hierfür seien die Emissionen durch Schienen- und Straßenverkehr.

Herr Alexander Jansen ergänzte, dass die Forderungen der Energieeinsparverordnung mit der erhöhten Gebäudedämmung auch einen positiven Nebeneffekt hinsichtlich des Lärmschutzes hätten. Abschließend stellte er fest, dass keine Abwägungsfehler im Verfahren zu erkennen seien und der Bebauungsplan rechtlich in Ordnung sei.

Herr Laumen fragte nach, was mit dem Relief an der Außenwand des ehemaligen Hauptpostgebäudes vorgesehen sei. Er sprach sich dafür aus, das einen knienden Bergmann darstellende Kunstwerk einem neuen Zweck zuzuführen, wenn das Gebäude abgerissen werde.

Herr Michael Jansen teilte mit, dass die Verwaltung sich bereits mit dem Kunstwerk beschäftigt habe und in diesem Zusammenhang Kontakt mit dem Amt für Bau- und Bodendenkmalpflege des Landschaftsverbandes Rheinland aufgenommen habe. Der Begriff „Denkmal“ sei gesetzlich definiert. Beim vorliegenden Kunstwerk handele es sich nicht um ein Denkmal im rechtlichen Sinne. Zur Erhaltung des Kunstwerks habe man aber dennoch bereits Kontakt zum Eigentümer aufgenommen, um sicherzustellen, dass es bei einem Gebäudeabriss entsprechend gesichert und einer neuen Verwendung zugeführt werde. Dies habe der Eigentümer – soweit machbar – auch zugesagt.

Beschlussvorschlag:

Über die im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen.

Der Bebauungsplan Nr. 35, 2. Änderung wird einschließlich seiner Begründung als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 2 Antrag der Fraktion Die Linke zur Einrichtung von Anwohnerparkplätzen auf dem oberen Deck des Parkhauses am Rathaus Vorlage: 1668/2019

Vor dem Einstieg in die Beratung erläuterte Herr Eggert den Fraktionsantrag. Anwohner der Konrad-Adenauer-Straße hätten sich über bestehende Parkprobleme im Innenstadtbereich beklagt. Vor dem Hintergrund, dass das Parkhaus hinter dem Rathaus aufgrund der baulichen Gegebenheiten und der zeitlichen Beschränkung nicht angenommen würde, sei die Ausweisung von Anliegerparkplätzen gewünscht worden. Er könne der Argumentation der Verwaltung in ihrer Stellungnahme grundsätzlich folgen, wollte aber wissen, welche Kriterien für die Ausweisung von Anliegerparkplätzen denn erfüllt sein müssten.

Herr Brunen stellte klar, dass es keine komplizierten Kriterien für die Ausweisung von Anwohnerparkplätzen gebe. Es sei vielmehr so, dass alle Anwohner einen Anspruch auf einen entsprechenden Ausweis hätten, jedoch diese Ansprüche vorliegend aufgrund der geringen Anzahl an Parkplätzen nicht zu befriedigen seien.

Auch Herr Schumacher sprach sich gegen die Ausweisung von Anwohnerparkplätzen aus. Aus seiner Sicht stelle sich die grundsätzliche Frage, ob das Parkhaus in der bestehenden Form mit den engen Parktaschen noch zeitgemäß sei. Zur Attraktivitätssteigerung schlug er vor, eine Neuaufteilung der Parkflächen hinsichtlich der Breite der Parkbuchten vorzunehmen, was aufgrund der baulichen Gegebenheiten sicherlich zur Reduzierung der bislang vorhandenen Anzahl an Stellplätzen führen würde. Aufgrund der Vielzahl der in letzter Zeit zu den Themenbereichen innerstädtische Verkehrsführung und Parken gestellten Anträgen hielt er es für zielführend, hierzu eine Expertenmeinung einzuholen.

Herr Rainer Jansen sprach sich ebenfalls dafür aus, für die Themen „Parken“ und „Verkehrsführung“ in der Innenstadt ein neues Konzept zu erstellen. Das alte Konzept sei aufgrund des

Anstiegs der Einwohnerzahl überholt und trage überdies auch nicht den aktuellen Forderungen des Klimaschutzes Rechnung.

In der sich anschließenden Diskussion kam man mit Blick auf die weitere Tagesordnung zu dem Ergebnis, dass es aufgrund des thematischen Zusammenhanges keinen Sinn mache, die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 6 in der aktuellen Sitzung zu behandeln und vertagte die Behandlung dieser Tagesordnungspunkte bis hinsichtlich eines Verkehrs- und Parkkonzeptes für die Innenstadt ein Ergebnis vorliegen würde.

Hinsichtlich des Parkhauses hinter dem Rathaus bestand Einigkeit darüber, dass zunächst für eine Probephase von einem halben Jahr die Stellplätze durch eine Änderung der Markierungen verbreitert werden sollten, wobei die zeitliche Parkbeschränkung beibehalten werden solle. Die Notwendigkeit zur Einrichtung von Anwohnerparkplätzen wurde nicht gesehen. Das für die Innenstadt bestehende Verkehrskonzept solle durch Experten überarbeitet werden. In diesem Zusammenhang wies Herr Brunen darauf hin, dass die Umbaumaßnahmen im Stadtkern öffentlich gefördert worden seien. Aufgrund von Bindefristen bestehe aktuell kein Raum für erneute Umbaumaßnahmen. Er sah lediglich Spielraum hinsichtlich einer Änderung der Verkehrsführung.

Abschließend fasste der Ausschussvorsitzende, Herr Conrads, das Ergebnis der Beratungen zum Tagesordnungspunkt zusammen und formulierte folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

1. Es wird folgender Versuch durchgeführt:
Die Parkbuchten im Parkhaus hinter dem Rathaus werden durch Änderung der Markierungen verbreitert.
Nach Publikation wird ein halbes Jahr lang getestet, ob und inwieweit sich hierdurch eine Änderung in der Auslastung des Parkhauses ergibt. Die Verwaltung dokumentiert insoweit ihre Beobachtungen.
2. Das Verkehrskonzept für die Innenstadt wird vor dem Hintergrund der Verkehrsentwicklung hinsichtlich der Themenfelder „Verkehrsführung“ und „Parken“ durch Experten fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 3 Beratung und Beschlussfassung über die Erarbeitung eines innerstädtischen Parkraumkonzeptes
Vorlage: 1699/2019**

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis ein Ergebnis zu einem noch zu erarbeitenden Verkehrs- und Parkraumkonzept für den Innenstadtbereich vorliegt.

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis ein Ergebnis zu einem noch zu erarbeitenden Verkehrs- und Parkraumkonzept für den Innenstadtbereich vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Erfahrungen mit dem neuen Parkraumkonzept
Vorlage: 1701/2019**

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis ein Ergebnis zu einem noch zu erarbeitenden Verkehrs- und Parkraumkonzept für den Innenstadtbereich vorliegt.

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis ein Ergebnis zu einem noch zu erarbeitenden Verkehrs- und Parkraumkonzept für den Innenstadtbereich vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über Stand des Radverkehrswegekonzept für die Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 1700/2019**

Herr Scholz teilte mit, dass mit der Montage der entsprechenden Beschilderung im Dezember 2019 begonnen würde und die Gesamtmaßnahme Anfang des nächsten Jahres abgeschlossen würde.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**TOP 6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes an der Kreuzung Am Mausberg/Theodor-Heuss-Ring sowie Einführung Tempo 30 auf der Herzog-Wilhelm-Straße und Errichtung einer Querungshilfe
Vorlage: 1704/2019**

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis ein Ergebnis zu einem noch zu erarbeitenden Verkehrs- und Parkraumkonzept für den Innenstadtbereich vorliegt.

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis ein Ergebnis zu einem noch zu erarbeitenden Verkehrs- und Parkraumkonzept für den Innenstadtbereich vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**TOP 7 Information zur weiteren Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts in der Fliegerhorstsiedlung
Vorlage: 1693/2019**

Herr Scholz gab einen Überblick über die anstehenden Maßnahmen zur Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes in der Fliegerhorstsiedlung. Aufgrund der Verschiebung der Straßenbaumaßnahmen in das Jahr 2022 hätte sich der dem Förderantrag zugrunde liegende zeitliche abgestimmte Ablauf der Gesamtmaßnahme geändert. Eine Verschiebung der Gesamtmaßnahme oder eine Verlängerung der jeweiligen Bewilligungszeiträume sei nach Rücksprache mit der Bezirksregierung als Förderbehörde jedoch nicht möglich. Deshalb solle im kommenden Jahr mit der Ausschreibung des Quartiersmanagements das Gesamtprojekt begonnen werden, um nicht Gefahr zu laufen, die Förderung zu verlieren.

Auf Nachfrage von Herrn Ronneberger zur Verlegung von Gasversorgungsleitungen in der Siedlung teilte Herr Scholz mit, dass alle Versorgungsträger im Rahmen der anstehenden Straßenbauarbeiten beteiligt werden, so auch der Gasleitungskonzessionär.

**TOP 8 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 112 der Stadt Geilenkirchen (Lindern - „Juliane-Hilgers-Straße“) hinsichtlich der Überschreitung der im B-Plan festgesetzten Traufhöhe in Rücksprüngen
Vorlage: 1698/2019**

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 112 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der Überschreitung der Traufhöhen in den Rücksprüngen wird antragsgemäß erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 9 Anfragen

1. Nachfrage der Fraktion Bürgerliste zur Parksituation in der Ortschaft Nirm

Zur Nachfrage der Fraktion Bürgerliste über die Parksituation in der Ortschaft Nirm teilte Herr Brunen mit, dass der Verwaltung aus der Vergangenheit und auch aktuell keine Erkenntnisse vorlägen, die eine weitergehende Parkregelung in der Ortslage erforderlich machen würden.

2. Nachfrage der SPD Fraktion über die Größe von Mietwohnungen

Zur Nachfrage der SPD Fraktion über die Wohnungsgrößen der in den letzten vier Jahren genehmigten Mietwohnungen verwies Herr Brunen auf die als Tabelle dargestellte Auswertung. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

3. Mitteilung über den aktuellen Fortschritt beim Industriegebiet Lindern

Anschließend berichtete Herr Brunen von der aktuell auch in der Presse publizierten Entwicklung des Industriegebietes Lindern. NRW-Urban, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Heinsberg, der Kreis Heinsberg sowie die Städte Heinsberg, Hückelhoven und Geilenkirchen seien vom Land aufgefordert worden, eine Gesellschaft zu gründen, um die „Future Site InWest“ voranzubringen. Mit dieser anspruchsvollen Aufgabe solle Anfang des nächsten Jahres begonnen werden. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Fördermittel aus dem Braunkohlestrukturfonds bestünde Grund zu Optimismus und das Projekt werde die politischen Gremien in Zukunft sicherlich noch weiter beschäftigen.

Herr Rainer Jansen zeigte sich irritiert über die Informationspolitik des Bürgermeisters in der Angelegenheit. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass die Studie abgeschlossen sei.

Herr Ronneberger zeigte Unverständnis für die neue Bezeichnung als „Future Site InWest“. Er hätte sich gewünscht, dass man bei der alten Bezeichnung Industriegebiet Geilenkirchen-Lindern geblieben wäre.

4. Wurmfenster

Herr Ronneberger berichtete von einem Defekt am „Wurmfenster“. Hier sei seit einiger Zeit eine Glasscheibe gebrochen. Er erkundigte sich nach der weiteren Vorgehensweise.

Herr Scholz teilte mit, dass überlegt würde, die Scheiben des Wurmfensters ggf. durch eine Gitterkonstruktion aus Metall zu ersetzen, um erneuten Beschädigungen vorzubeugen. Zurzeit sei man aus Gründen des Urheberrechtes dabei, das Einvernehmen hierzu mit dem Künstler herzustellen.

5. Skulptur im Bereich Bischöfliches Gymnasium St. Ursula

Herr Ronneberger fragte nach, warum die beschädigte Skulptur im Bereich des Fußweges entlang des Bischöflichen Gymnasiums St. Ursula noch nicht wieder aufgestellt worden sei.

Herr Brunen teilte mit, dass die Skulptur zu der Künstlerin zur Reparatur nach Hause gebracht worden sei. Sobald diese die Reparaturarbeiten abgeschlossen hätte, würde die Skulptur wieder aufgestellt.

6. E-Ladesäule in der Haihover Straße

Herr Ronneberger wies darauf hin, dass die E-Ladesäule in der Haihover Straße defekt sei.

Herr Brunen teilte mit, dass der NEW der Defekt bereits bekannt sei.

Die Sitzung endet um: 19:05 Uhr

Vorsitzender

Schriftführer

gez.

gez.

Karl-Peter Conrads

Georg Heinen